

Beschlussauszug

Sitzung des Rates der Stadt Hildesheim vom 27.08.2018

Ö 13 Auf Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und Die LINKE:
Resolution "Seenotrettung ermöglichen und unterstützen - Sterben im Mittelmeer
bekämpfen - in Not geratene Menschen aufnehmen"

Status: öffentlich/nichtöffentlich **Beschlussart:** geändert beschlossen

Zeit: 18:00 - 19:45 **Anlass:** Sitzung

Raum: Sitzungssaal Gustav Struckmann

Ort: 31134 Hildesheim, Markt 1

Vorlage: 18/231 Auf Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und Die
LINKE: Resolution "Seenotrettung ermöglichen und unterstützen - Sterben im
Mittelmeer bekämpfen - in Not geratene Menschen aufnehmen"

Herr **Lynack** referierte den Antrag. Wenn man in dieser Situation etwas tun wolle, müsse man im Kleinen anfangen. Er schlage vor, Punkt 4 des Beschlussvorschlages noch in "Wünschenswert ist auch die Aufnahme..." zu ändern, um Bedenken anderer Fraktionen Rechnung zu tragen.

Er führte aus, dass sich Kommunen eigentlich um die Dinge "vor ihrer Haustür" und nicht um Fragen der Flüchtlingspolitik kümmern sollten. Allerdings hätten sich auch andere deutsche Städte bereits geöffnet. Zudem würden private Nichtregierungsorganisationen an der Seenotrettung gehindert, wie eine Hildesheimer Teilnehmerin berichtet habe. In der Flüchtlingskrise drohe die gemeinsame Wertegemeinschaft zu versagen.

Der Rat solle mit der Resolution ein Zeichen setzen für Toleranz in einer Stadt mit über 130 Nationalitäten. Es gehe um unerlässliche Werte für eine künftige Kulturhauptstadt.

Herr **Weiß** bekundete seine Sympathie für den Antrag. Zwar könne der Rat nicht alle Weltprobleme wie z. B. die Verfolgung der Rohingya oder Altersarmut lösen, sondern müsse sich mit den Problemen beschäftigen, die ihm aufgetragen seien. Die Behinderung von Seenotrettungsschiffen sei aber ein Skandal, den es aber auch im Hildesheimer Rat zu benennen gelte. Der Ausnahmecharakter dieser Resolution müsse klar sein.

Herr **Dr. Kumme** vertrat die Ansicht, dass die Resolution schlicht in der Ablage landen werde. Er halte es für besser, sich hier in der Stadt konkret für Flüchtlinge zu engagieren. Jedes Ratsmitglied müsse das aber selbst entscheiden.

Herr **Kriegel** berichtete über seine persönlichen Erfahrungen als Soldat von der Arbeit in Flüchtlingslagern. Für ihn lägen gute Gründe für eine Flucht vor. Für die Flüchtlinge sei man zweifelsohne moralisch verantwortlich. Aber noch nicht einmal das Land habe ein besonderes Angebot des Bundes initiieren können.

Frau **Wagner-Kröger** hielt die Zustimmung zur Resolution für eine Frage der Haltung. Der Rat dürfe derartige Entwicklungen nicht verdrängen.

Herr **Räbiger** erinnerte an frühere Resolutionen des Rates z. B. zu TTIP oder dem ICE-

Verkehr. Warum solle man als Hildesheimer Rat nicht für die Nichtregierungsorganisationen sprechen dürfen?

Kürzlich sei eine europäische Passagierin eines Kreuzfahrtschiffes über Bord gegangen und in einer großen Aktion mehrerer Schiffe gerettet worden. Dies sei richtig gewesen und ein Akt der Nächstenliebe. Genau dies vermisse er in der Diskussion um Flüchtlinge auf dem Mittelmeer.

Herr **Calvanico** sah die Situation als Problem privater Schiffe mit der italienischen Justiz. Es handele sich um illegale Flüchtlinge, sonst würde die Justiz nicht eingreifen. Es würden Geschäfte gemacht, deshalb müsse die Justiz auch handeln.

Herr **Kriesinger** erinnerte an Befürchtungen vor der Wahl, die AfD werde den Rat als bundespolitische Bühne instrumentalisieren. Nun kümmere sich eine rot-grün-linke Gruppe um den Weltfrieden und Seenotrettung.

Es sei immer ehrenwert, andere Menschen zu retten. Man müsse aber festhalten, dass diese Rettung mittlerweile Teil eines Geschäftsmodells der Schlepper geworden sei. Es bedürfe nur eines Funkspruchs an die Retter, diese übernähmen dann schon die Flüchtlingsboote. Eine gut gemeinte Resolution, leider schlecht gemacht. Seine Fraktion werde die Resolution wegen dieser Unausgegorenheit ablehnen. Der Rat sei unzuständig, das Thema werde zur Profilierung missbraucht.

Herr **Brückner** betonte, dass täglich Menschen auf dem Mittelmeer sterben würden. In dieser Situation "rede die AfD Müll", Rettung habe noch nie Flüchtlinge angelockt.

Frau **Lücke** erteilte Herrn Brückner für diese Begrifflichkeit einen Ordnungsruf.

Frau **König** appellierte an den Rat, nun Haltung zu zeigen und deutlich zu machen, wer wo stehe.

Herr **Palandt** sah ein ernstes Thema. Gefühl und Haltung seien aber ein höchst persönliches Gebiet, das keiner Wertung durch andere offen sei. Er bat um Ahndung des Redebeitrages von Herrn Brückner.

Herr **Kittel** verwies auf zahlreiche ähnliche Initiativen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und anderer deutscher Städte. Warum sollte sich Hildesheim nicht anschließen dürfen?

Beschluss:

1. Die aktive Behinderung der Arbeit der Seenotrettung durch europäische Staaten muss umgehend beendet werden.
2. Die europäische Staatengemeinschaft muss ihrer Verantwortung bei der aktiven Seenotrettung gerecht werden und darf sich nicht auf die Arbeit Dritter verlassen oder den Tod von Menschen in Kauf nehmen.
3. Unabhängig von den verschiedenen Positionen zur Asyl- und Migrationspolitik, die in diesem Rat vertreten sind, bekennen wir uns klar zum Menschenrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Den Tod unschuldiger Menschen billigend in Kauf zu nehmen, ist kein legitimes politisches Mittel.
4. Der Rat der Stadt Hildesheim sieht sich in der Verantwortung, dem Beispiel anderer Städte und Kommunen zu folgen. Wünschenswert ist auch die Aufnahme in Seenot geratener Flüchtlinge.
5. Der Rat der Stadt Hildesheim fordert die Vertreter und Vertreterinnen in Bundestag und Landtag auf, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für diese Ziele einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich 25 Ja-Stimmen 4 Nein-Stimmen 17 Enthaltungen